



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IV/24

Fernsprecher 2 69 51/52

Hannover, Georgstraße 33

25. Februar 1949

## Die Bourbonen von Frankfurt

Von Dr. Gerhart Luetkens  
Außenpolitischer Referent beim Vorstand der SPD

Sonderbare Dinge gehen vor in Frankfurt am Main. Es wird erforderlich, sie ans Licht zu ziehen, damit der zukünftigen westdeutschen Regierung nicht die Hände auch hinsichtlich ihrer urengeinsten Aufgaben schon gebunden wären.

Die Rede ist von den in und um Frankfurt gesponnenen Plänen, eine Behörde aufzubauen, welche die außenpolitischen Angelegenheiten Westdeutschlands behandeln und als fertiger Apparat in die zukünftige Regierung eingeschoben werden soll. Herr Oberdirektor Runder hat kürzlich einen "Berater für außenpolitische Fragen" berufen. Es ist Herr Eissenlohr, ein Gesandter des Hitlerreiches. Auf Weisung, aber wohl nicht ohne innere Willigkeit, zwang er die tschechoslowakische Regierung, den nach Prag emigrierten Parteivorstand der SPD zum Verlassen des Landes zu veranlassen. Herr Eissenlohr gesellt sich jetzt zu Herrn von Maltzahn - früher Auswärtiges Amt, in den 30er Jahren längere Zeit bei den IG-Farben, danach zurückgekehrt in das Ribbentropsche Ministerium. Er ist heute Leiter der Hauptabteilung Außenwirtschaft bei der Wirtschaftsverwaltung. Er ist bestrebt, seine Abteilung zu einem Apparat auszubauen, der alle Angelegenheiten internationaler Charakter bei sich zusammenfassen soll. Das wäre, gelänge es, der Kern für ein späteres Außenministerium. Die Regelung unserer internationalen Beziehungen würde damit in die Hände von Leuten gelegt werden, welche nach den Interessen der Großindustrie zu sehen gelernt haben oder von den Traditionen der Neuraths und Ribbentrops geformt sind.

Die ersten Schritte sind bereits getan. Es gibt schon eine Protokollabteilung, die sich an der "Betreuung der in Frankfurt domizilierten Konsula" ihre Sporen verdient. Geleitet wird sie von einem Beamten des früheren Auswärtigen Amtes, Herrn von Friess. Es arbeiten unter Herrn von Maltzahn noch zwei weitere frühere Diplomaten des dort geschätzten großbourgeois Typs. Dem kürzlich angestellten Herrn Holzhausen ist die Aufgabe anvertraut worden, das zukünftige Personal für die Auslandsvertretungen auszusuchen. Seine Befähigung dafür erwarb er sich in der Personalabteilung des Neurathschen Auswärtigen Amtes. Herr von Maltzahn plant darüber hinaus, sich der internationalen kulturellen Belange

anzunehmen sowie unter seiner Obhut völkerrechtliche Fragen bearbeiten zu lassen.

Alle diese Entwicklungen sind äußerst bedenklich, wir werden uns ihnen widersetzen. Dabei sind wir uns darüber klar, daß möglicherweise die Frankfurter Verwaltung versuchen wird, durch Benennung der Außenhandelsvertreter vor Bildung der westdeutschen Regierung vollendete Tatsachen zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß einmal bestehende bürokratische Apparate schwer wieder zu beseitigen sind. Auf keinen Fall werden wir auch solche Maßnahmen nachträglich sanktionieren. Aus der ernstesten politischen Erwägung heraus können wir nicht zulassen, daß unsere zukünftigen internationalen Beziehungen in die Hände eines reaktionär-großindustriellen Beamtenkörpers gelegt werden. Ebensowenig ist es für uns erträglich, daß unsere zwischenstaatlichen Beziehungen aus dem Gesichtspunkt eines wirtschaftlichen Ministeriums heraus dirigiert werden sollten.

Der Frankfurter Verwaltung für Wirtschaft fehlt im übrigen jegliche Rechtsbasis dafür, Pläne solcher Art ins Werk zu setzen. Sie kann weder die zukünftige Regierung binden, noch darf sie dieser Regierung vorgreifen. Sie leitet ihre Legitimität aus einem Akt zweier Besatzungsmächte ab, die zukünftige westdeutsche Regierung aus dem demokratischen Prinzip der Selbstbestimmung. Jene hatte für die provisorisch errichtete Bizone gewisse Übergangsaufgaben zu leisten. Die westdeutsche Regierung wird dauernde Fundamente für ganz Deutschland zu legen haben.

Bei ihren Bestrebungen findet die Frankfurter Verwaltung Hilfe in Kreisen und an Stellen, die, wenn das möglich wäre, noch weniger zu politischen Schritten solcher Art autorisiert sind als sie selbst. Der Bourbonismus findet in Deutschland die merkwürdigsten Ansatzpunkte. Das Stuttgarter Friedensbüro hat sich in Frankfurt am Main unter den Fittichen von Herrn Pünder eine Agentur geschaffen. Sie wurde dem Grafen von Posadowsky-Wehner anvertraut, der passenderweise von den IG-Farben herkommt. Bei diesem Friedensbüro handelt es sich um eine Stelle der vier Länder der amerikanischen Zone, die satzungsmäßig auf Studienaufgaben beschränkt ist. Politisch hat es sich nicht zu betätigen. Als Behörde einer Zone ist es schon gar nicht legitimiert, Entscheidungen der späteren westdeutschen Regierung vorwegzunehmen. Je doch im Dunkeln schießt der Egoiz ins Kraut. So verhandelt das Friedensbüro seit längerem mit der Frankfurter Verwaltung sowie mit einer Gruppe diplomatischer Amtsjäger über gemeinsames Vorgehen. Dabei ziehen die Vertreter der Staatskanzleien München und Stuttgart beim Frankfurter Wirtschaftsrat eifrig mit. Beide Herren sind wieder Beamte des früheren Auswärtigen Amtes. Beson-

ders der bayerische Herr Seelos bemüht sich, frühere Diplomaten zu einer Clique zusammenzufassen, die sich als "dritte Kraft" in die Frankfurt-Stuttgart-Münchener Pläne-Schmiederei einhängen könnte.

In München nämlich liegt ein weiterer Verankerungspunkt für diese, wir wiederholen, politisch gefährlichen, sachlich unzumutbaren und undemokratischen Pläne. Die Staatskanzlei München hat sich des Stuttgarter Friedensbüros seit je besonders angenommen und leider andere beteiligte Länder wie Bremen und Hessen dort einigermaßen überspielt. Symbolisch für diesen Zusammenhang mag die Tatsache stehen, daß Herr Erich Kordt gleichzeitig in der Münchener Staatskanzlei und im Stuttgarter Friedensbüro als "Mitarbeiter" tätig ist. - abermals ein Beamter des früheren Auswärtigen Amtes, welcher lange Jahre das Kunststück fertiggebracht hat, im Büro Ribbentrop tätig zu sein, ohne sich innerlich mit der Ribbentropschen Politik zu identifizieren.

Der Vorstoß, den wir hier gegen frühere Diplomaten führen, richtet sich nicht gegen einzelne Personen. Es ist uns gegenwärtig, daß in diesem Beamtenkörper laudable und befähigte Menschen zu finden waren. Dadurch, daß man denazifiziert wurde oder gar vom Nationalsozialismus Distanz hielt, ist jedoch das eigentlich politische Problem noch gar nicht berührt. Es handelt sich darum, für Westdeutschland einen vom Geiste echter Demokratie und williger Kooperation erfüllten Beamtenkörper zu schaffen. Nach Kenntnissen und persönlichen Eigenschaften geeignete frühere Beamte kann man wohl beim Aufbau eines demokratischen Staates wieder heranziehen. Man kann aber nicht zulassen, daß eine durch konservativ-groß-bourgeoise Gesinnung verfilzte Clique den neuen Apparat wie eine Festung wieder besetzt. Der Eifer, den ein Teil von ihnen entwickelt, mißfällt. Die Organisation unserer zukünftigen Außenbeziehungen ist eine politische Frage. Beamte haben sich nicht als Politiker zu gebärden.

Wir können und werden auch nicht zulassen, daß zum Zentrum unserer zukünftigen zwischenstaatlichen Beziehungen ein primär wirtschaftlich orientiertes Ministerium gemacht wird. Wir gedenken, unser Hauptbestreben auf die Zusammenführung der europäischen Länder, auf die Herstellung einer Friedens- und Rechtsordnung in der Welt und auf eine harmonische Lösung aller aus der Besetzung Deutschlands sich ergebenden Fragen zu richten. In dieser für unsere Zukunft entscheidenden politischen Fragen darf die maßgebende Stimme und vor allem die Handhabung der Geschäfte nicht einem primär wirtschaftspolitischen Ministerium liegen.

Wir erstreben eine Regelung, welche die Regierung in der Lage setzt, unsere echten politischen Probleme sachgerecht anzufassen. Dazu müssen sie als Kabinettsfragen und ungestört durch enge wirtschaftspolitische Erwägungen behandelt werden. So werden wir der deutschen Demokratie, der Zusammenarbeit in Europa und in der Welt und auch den Besatzungsmächten am besten dienen.

## Die östliche Emigration

Von unserem A.W.-Mitarbeiter für Ostfragen

Die Veteranen der östlichen Emigration bilden natürlich die Russen, was sich während und nach dem Bürgerkrieg von Adel, Bürgern und Weissgardisten aus Russland rettete, lässt sich, abgesehen von Fernen Osten, in drei grosse Gruppen einteilen: die Balkanemigration, die französische und die in Amerika. Die geschlossene Gruppe ist die in Frankreich, wohin sich die bedeutendsten nationalen Persönlichkeiten begeben hatten. Die Balkanrussen schlossen sich während des letzten Krieges meist den Deutschen zur Bekämpfung der Tito-Partisanen an, lebten nach Kriegsschluss längere Zeit in DP-Lagern, um dann nach Nord- oder Südamerika auszuwandern. Zu der Gruppe in den Vereinigten Staaten gehören vor allem Anhänger des rechten Flügels der ehemaligen russischen Sozialdemokratie, die sich einen gewissen Einfluss auf die internationale sozialistische Bewegung zu sichern verstanden. Sie sind organisiert und haben, ebenso wie die französische Gruppe, eine eigene bedeutende Tageszeitung. Vor und während des letzten Krieges wurden diese Emigranten, wie übrigens auch die in Deutschland, von ihren neuen Heimatländern gern als Sachverständige für die wahren Verhältnisse in der Sowjetunion verwendet.

Zu dieser im wesentlichen alten Emigration kam nach dem Kriege eine grosse Anzahl ehemaliger Angehöriger der Sowjetunion hinzu, Kriegsgefangene und Deserteure, die nicht mehr in die Heimat zurückkehren wollten. Zwischen den alten und den neuen Emigranten ist es nun zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Während die alten Emigranten einen "kritischen Patriotismus" vertreten, d.h. die nationale Gemeinschaft auch mit den Sowjetrussen betonen, was sie während des Krieges veranlasste, unter Beibehaltung der Kritik an gewissen Zuständen und Auffassungen in der Sowjetunion, mit ihren Sympathien auf deren Seite zu stehen, tritt die jetzige Emigration für einen kompromisslosen Kampf gegen die Sowjets ein. Sie ist gegen eine Verurteilung des Generals Wlassow und weist darauf hin, dass eine Verwirklichung seiner Ideen die einzig reale Möglichkeit darstellt, das Moskauer System einmal zu stürzen. Neben den Russen gibt es auf Grund der Gebietserweiterungen noch andere Emigranten aus dem jetzigen Staatsgebiet der Sowjetunion. Angehörige der baltischen Staaten haben sich, neben ihrer vorübergehenden Unterbringung in deutschen DP Lagern, in Skandinavien niedergelassen. In Stockholm haben z.B. die Esten ein eigenes Informationsbüro, das auch eine Zeitung herausgibt. Auch die Letten sind relativ stark vertreten. Ukrainische Emigranten hielten am 31. Oktober in Brüssel ihren ersten Kongress "Für eine freie Ukraine" ab.

Die polnische Emigration teilt sich in zwei Gruppen. Die mehr rechts gerichtete hat sich um die in London noch geführte Exilregierung Bor-Komorowski gesammelt. Die Linksdemokraten haben sich Ende vorigen Jahres zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, zu der die "Bauernpolitiker unter Mikolajczyk, die Sozialisten und die Arbeitspartei gehören. Was die beiden Gruppen trennt, ist unter anderem eine verschiedene Auffassung über die

Grenzen des zu erkämpfenden freien Polens. Um das polnische Volk nicht vor den Koof zu stossen, treten beide Gruppen für die Oder-Weisse-Linie ein. Als Ostgrenze will die Exilregierung aber die von 1939 aufrechterhalten wissen, während die Linksparteien rechtlich-politisch sich mit der jetzigen polnischen Ostgrenze abfinden, um sich nicht die Symathien der Litauer, Weissrussen und Ukrainer zu verschmerzen. Die tschechoslowakischen Exilpolitiker gründeten Anfang Oktober in Paris die Organisation "Freie Tschechoslowakei", deren Präsident der ehemalige Ministerpräsident Zenkl wurde. Bei ihnen gibt es verschiedene Ansichten hinsichtlich der sudetendeutschen Frage, wobei die Emigranten nach 1945 den jetzigen Zustand und die Austreibung der Deutschen gutheissen. Ebenfalls in Paris hat sich eine Union serbischer Parteien gebildet, die sich zu einem "Freien Jugoslawischen Komitee" erweitern will. Und die Rumänen haben dort eine "Demokratische Union freier Rumänen" unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Radescu gegründet.

### Ost-Nachrichten

=====

#### Kollektivierung verschärft

(sp) In den Baltentesten wird in der Kollektivierung der Landwirtschaft jetzt ein schärferes Tempo angeschlagen. Hatten die Sowjets 1946 noch erklärt, sie hätten keine Veranlassung, die Bauern in die Kolchosen zu treiben, so geben folgende Zahlen aus dem vergangenen Jahr jetzt ein anderes Bild: In Estland gab es zu Beginn des Jahres 7 Kolchosen, nach der Frühjahrssaat 42; während der Ernte liess man den Bauern Ruhe, so dass die Zahl im August nur 59 betrug; Ende September waren es 180, Ende Oktober 224, Mitte November 340 und Ende des Jahres bereits 414. In Litauen wurden erst 360 erreicht, obgleich die Zahl der Bauern dreieinhalb Mal so gross ist.

#### Kampf gegen Ungarns "Kulaken"

(sp) Im Kampf gegen die mittleren Bauern haben die ungarischen Kommunisten jetzt sogenannte "Dorfgänger-Gruppen" aufgestellt. Sie besuchen sonntags systematisch die Dörfer und agitieren gegen die "Sabotage der Kulaken". Eine vor kurzem erschienene Regierungsverordnung bestimmt, dass das Anwesen jedes Landwirts, der die landwirtschaftlichen Arbeiten nicht zur rechten Zeit und mit entsprechendem Erfolg beendet hat, in Zwangspacht genommen wird. In leichteren Fällen werden die Traktoren oder andere Maschinen der Betroffenen beschlagnahmt. Die Budapestener Zeitungen teilen täglich in langen Listen die Namen der Bauern mit, die wegen Sabotage verhaftet und verurteilt, deren Maschinen und Grundbesitz eingezogen wurde.

#### Polens Analphabeten

(sp) Nach amtlichen polnischen Angaben gibt es z.Zt. in Polen etwa drei Mill. Analphabeten. Vor dem Kriege hatte Polen bei einer Bevölkerung von 36 Mill. rund 750.000 Analphabeten, meist Angehörige der älteren Generation in den östlichen Provinzen. Das starke Anwachsen der Analphabeten hat wohl vor allem seinen Grund in der Ansiedlung grösserer Bevölkerungsteile aus den asiatischen Gebieten der Sowjetunion in Polen.

### SPD und Wahlgesetz

(sp) Bei der Entscheidung über das Gesetz für die Wahlordnung zum kommenden ersten westdeutschen Bundesparlament stand die sozialdemokratische Fraktion vor einer schwierigen Situation. Die CDU/CSU verlangte ein reines Mehrheitswahlrecht nach englischem Muster. Die SPD war nicht geneigt, dieses Prinzip, zumal bei der ersten Gelegenheit einer über die einzelnen deutschen Länder hinausgreifenden Wahl, ohne Vorbehalt anzuerkennen. Die Anwendung dieses Wahlrechtes setzt nach sozialdemokratischer Auffassung eine gewisse Stabilität der politischen Verhältnisse im allgemeinen und auch eine weitergehende tatsächliche Selbständigkeit der Regierung in dem betreffenden Lande voraus, als es unter den gegebenen Umständen für Westdeutschland zutrifft. Die CDU/CSU blieb bei ihrer Forderung, die in dieser Form für die SPD unannehmbar war. So war die sozialdemokratische Fraktion - wenn es zu einer Mehrheitsbildung kommen sollte - zu einem Zusammengehen mit den übrigen Parteien genötigt, die für ein vorwiegend nach den Prinzipien der Verhältniswahl gebildetes System eintraten.

Auf diese Weise ist ein Kompromiss zustande gekommen, das leider auch gerade die Nachteile recht deutlich sichtbar werden lässt, die jedem Kompromiss anhaften. Die SPD hätte jedenfalls eine andere Proportion zwischen den direkt in Einmannwahlkreisen und den durch Verhältnisberechnung zu wählenden Abgeordneten vorgezogen, und zwar im Sinne einer Verschiebung dieser Relation zu Gunsten der ersten Kategorie. Sie hat auch ungern auf die Schutzbestimmungen gegen das Überhandnehmen von Splitterparteien, d.h. auf die sogenannten Sperrklauseln, verzichtet, und sie hätte schliesslich lieber weniger als die jetzt vorgesehenen 410 Abgeordneten wählen lassen. Nachdrücklich wird deshalb in massgebenden Kreisen der Sozialdemokratischen Partei betont, dass es sich bei diesem Gesetz um eine ad hoc-Massnahme für den vorliegenden Fall von Wahlen für das erste westdeutsche Bundesparlament handelt und dass dieses kommende Parlament dann vollkommene Bewegungsfreiheit bei der Fixierung einer allgemeinen und dauernden Wahlrechtsordnung hat. (m/1/252/1/he)

### Heiteres Zwiegespräch

(sp) Ein Wunder geschah in Deutschland: Ein fast bekümmert ernstes politisches Thema wurde ganz von der heiteren Seite behandelt, witzig-ironisch, geistreich-hintergründig. Ungezählte, die sich bei dem Wort Bonn sonst resigniert einen neuen Sender suchen, werden bei den ersten Hexametern die Ohren gespitzt und gespannt und schmunzelnd dem heiteren Zwiegespräch zwischen einem führenden Mitglied des Parlamentarischen Rates in Bonn und einem Rundfunkreporter gelauscht haben.

Vielleicht war es schon ein Grenzfall von Hybris - sicher wurde es ein gelungener Spass. Ist es übertrieben, darin einen politischen Fortschritt zu sehen? Wir glauben: nein. Denn auch der noch so altgediente, politische Routinier wird sich dem Reiz dieser Methode der leichten Hand nicht entziehen können, er sei

denn gänzlich ohne Humor. Dann ist ihm ohnehin nicht zu helfen. Das Ganze war ein Karnevalsscherz. Nun kann man gewiss nicht Politik im Stile einer ewigen Fastnacht betreiben, (und kein vernünftiger Mensch kann Budgetdebatten im Stile einer modernen Ilias erwarten) - das wäre noch grauenvoller als der berüchtigte "tierische Ernst", der uns allen so sehr auf die Nerven geht.

Aber schön wäre es, wenn einiges bliebe und die meisten Menschen würden sich dann sicher ein gut Teil wohler fühlen - die, die Politik machen und die anderen, für die sie, angeblich, gemacht wird. Die Entschlossenheit nämlich, gelegentlich vom hohen Kothurn der finster blickenden reinen Geistigkeit (oder was die hohen Herren dafür halten) herabzusteigen, die Fähigkeit dann, Menschen - vor allem sich selbst! - und die Dinge etwas weniger wichtig zu nehmen und schliesslich die Gabe, Ernstes auch einmal heiter zu sagen. Nicht als verkrampte Humoristen aus Selbstveranlagung, wie sie, Gott sei Dank, nur vereinzelt, als personifizierte Peinlichkeiten deutsche Parlamente schmücken, sondern mit Charme und Überlegenheit, wie es hier geschah. So vieles liess sich auf diese Weise viel leichter machen, auch ohne dass man deshalb in dem stüssen Brei eines ewigen allseitigen Einverständnisses zu ersticken brauchte.

- 2.

#### Russen für Rückkehr der Sudetendeutschen

(ag) Immer wieder stösst die russische Politik auf die Tatsache, dass die psychologischen Auswirkungen der Deutschen-Austreibungen Westdeutschland weitgehend gegen den Kommunismus immunisiert haben. Nach Londoner Meldungen hat Präsident Gottwald mit Demission gedroht, da Wjachinski anlässlich der Karlsbader Beratungen darauf beharrte, 400.000 Sudetendeutsche aus der sowjetischen Besatzungszone wieder heimzuschicken, um die tschechischen Industrien für Russenlieferungen leistungsfähiger zu machen. Dazu effehren wir aus der Ostzone, dass dort in letzter Zeit Sudetendeutsche bei der Ausstellung von Interimsbescheinigungen für den neuen Polizeipass ausdrücklich als "staatenlos" bezeichnet werden. In den Kreisen der Betroffenen ist bekannt, dass in innerböhmischen Industriegebieten, wie z.B. Kolin, ausgedehnte Barackenbauten aufgeführt werden, für die kein örtlicher Bedarf vorliegt. Dies führte schon vor dem Bekanntwerden der Karlsbader Differenzen zu Befürchtungen, dass im Zuge sowjetischer Wirtschaftspläne ausgedehnte Zwangsrückführungen von Sudetendeutschen aus der Ostzone geplant sind. Wie verlautet, würden 90 Prozent der in Frage kommenden Menschen ein weiteres Dahinvegetieren in der Sowjetzone einem solchen Sklavenschicksal vorziehen.

Gottwalds Widerstand ist begreiflich, zumal die tschechischen Kommunisten die erbarmungslose Ausmerzungen des deutschen Elements als ihre Haupterrungenschaft feiern. Bei ihrem Chauvinismus ist es sogar wahrscheinlich, dass Gottwald in dieser Frage sein erstes standhaftes "Nein" gegenüber russischen Wünschen riskierte. Damit ist aber der latente Widerspruch zwischen sowjetischen Wirtschaftsinteressen und der industriellen Demolierungspolitik der Tschechen nicht gelöst. (m/B116/1/252/ha)

### Labours Sieg in South Hammersmith

(sp) 31 Unterhaussitze musste die Labour Party bisher seit ihrem Sieg von 1945 in Nachwahlen verteidigen. Alle 31 wurden wieder mit Labour-Kandidaten besetzt. Das ist eine einmalige Leistung in der Jahrhunderte alten Geschichte des englischen Parlamentarismus und das grösste Vertrauensvotum, das je eine englische Regierung erhielt. Von diesen 31 Nachwahlsiegen ist zweifellos der Erfolg W.T. Williams bei der Ersatzwahl für den verstorbenen Vertreter des Wahlbezirks South Hammersmith der bedeutsamste und aufschlussreichste. "Little Tom", wie man den Bergarbeiter zum Unterschied vom derzeitigen englischen Landwirtschaftsminister W.T. Williams in Labourkreisen nennt, vermochte insgesamt 15.223 Stimmen auf sich zu vereinigen und behielt mit einer Mehrheit von 1.513 Stimmen die Oberhand über seinen einzigen Konkurrenten, den konservativen Kandidaten Anthony Fell. Gegenüber 1945 hat sich die Mehrheit des Labour-Vertreters zwar um rund 50 Prozent ermässigt. Die Zahl der Wähler, die sich für die Labour Party entschieden, nahm jedoch gleichzeitig um rund 3.000 Stimmen zu, und darin liegt das entscheidende Moment dieser in ganz England mit äusserster Spannung erwarteten Nachwahl. Die Tories waren fest überzeugt, in South Hammersmith die lange Erfolgsserie der Labour Party endlich abstoppen zu können, da die Wählerschaft dieses ruhigen Londoner Vororts sich in erster Linie aus Kreisen des Kleinbürgertums rekrutiert, das nach ihrer Ansicht durch einen massiven Propagandafeldzug leichter zu einem politischen Meinungswechsel verleitet werden könne als ausgesprochene Arbeiterviertel. Die Tories hatten deshalb auch diesmal alle Mittel aufgeboten, um South Hammersmith zu einem Wendepunkt zu machen. Seit Wochen prasselte ein wahrer Propagandaregen der Konservativen über South Hammersmith herab, die besten Parteiredner wurden zur Unterstützung A. Fells heranzitiert und zum ersten Mal wurde auch ein Propaganda-Umzug organisiert, an dessen Spitze ein grosses Plakat mit dem Bild Churchills getragen wurde. W.T. Williams konnte bei dem fast ausschliesslich auf innerpolitischer Ebene ausgetragenen Wahlkampf auf die sozialen Fortschritte Englands seit 1945 und auf den erfolgreichen Kampf der Labour-Regierung gegen die Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit hinweisen und diese Argumente erwiesen sich, wie das Ergebnis der Nachwahl erkennen lässt, am Ende doch stärker als die Kritik der konservativen Redner. Vor der Nachwahl hatten die Tories noch das Gerücht ausgesprengt, die Labour-Regierung wolle im Falle eines Sieges in South Hammersmith bereits in diesem Sommer die erst im nächsten Jahr fälligen allgemeinen Parlamentswahlen durchführen. Morgan Philipps bezeichnete diese Gerüchte jedoch als völlig haltlos und bekundete damit die feste Zuversicht der Labour Party, ihren Erfolg von 1945 auch nach fünfjähriger Amtszeit wiederholen zu können. South Hammersmith trug vermutlich mit zur Untermauerung dieser Zuversicht bei. (m/B23/252/1/he)

-----  
 PV - Sitzung am 11. und 12. März

sp. Die nächste Sitzung des Vorstandes der SPD wird am 11. und 12. März in Köln stattfinden, unabhängig davon, ob dann bereits die Möglichkeit besteht, abschliessend zu dem Entwurf des Grundgesetzes Stellung zu nehmen.

-----  
 Verantwortlich : Peter Raunau